Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1726

Antrag

der Fraktion der SPD

betr. Beschlagnahme von Wohnraum für alliierte Truppen-Angehörige.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

1. sofort bei den Hohen Kommissaren Vorstellungen zu erheben und Vereinbarungen herbeizuführen, daß die Verstärkung der alliierten Truppen im Bundesgebiet keine neuen Besatzungsverdrängten schafft. Der heute von Deutschen genutzte Wohnraum muß unserer Bevölkerung erhalten bleiben;

2. in Verbindung mit den zuständigen alliierten Stellen dahin zu wirken, daß beschleunigt alle von alliierten Angehörigen in Anspruch genommenen Häuser und Wohnungen daraufhin überprüft werden, wie weit sie für deren Bedarf überhaupt oder nur teilweise genutzt werden, und nachdrückliche Vorstellungen zu erheben, daß die Bestimmungen der alliierten Behörden, die das Zusammenwohnen mit Deutschen verbieten, aufgehoben werden;

3. vor allem bindende Zusicherungen auch darüber herbeizuführen, daß Verfolgte des Naziregimes, Vertriebene, Kriegssachgeschädigte und Besatzungsverdrängte nicht aus ihren heutigen Unterkünften verdrängt werden und zu Krankenanstalten eingerichtete Unterkünfte der früheren deutschen Wehrmacht nicht geräumt werden müssen;

4. Maßnahmen zu beschließen und dem Bundestag sofort entsprechende Vorlagen zu unterbreiten, die sichern, daß die notwendigen Unterkünfte, Wohnungen und Einrichtungen für alliierte Truppenangehörige schnellstens errichtet werden;

5. Vorsorge zu treffen, daß die von den Angehörigen alliierter Länder in Anspruch genommenen Wohnungen oder Häuser samt Einrichtung und Ausstattung alsbald den ursprünglichen Wohnungsinhabern zurückgegeben werden können.

Bonn, den 22. Dezember 1950

Ollenhauer und Fraktion

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 38
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1